

Kleine Anfrage

der Abg. Thomas Hentschel, Daniela Evers, Sarah Hagmann, Martina Häusler, Catherine Kern, Daniel Lede Abal, Andrea Schwarz, Fadime Tuncer GRÜNE

Psychologische Supervision und Unterstützungsangebote für Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte und ehrenamtliche Richterinnen und Richter

Wir fragen die Landesregierung:

1. In welcher Form bestehen strukturierte Angebote zur Einführung neuer ehrenamtlicher Richterinnen und Richter in ihr Amt?
2. Wie viele Stunden sind für die Einführung vorgesehen?
3. In welcher Weise stehen ehrenamtlichen Richterinnen und Richter entsprechende Unterstützungs-, Beratungs- oder Supervisionsangebote zur Verfügung?
4. Wie wird das bestehende Angebot den jeweiligen Berufsgruppen und den ehrenamtlichen Richterinnen und Richter kommuniziert?
5. Welche speziellen Maßnahmen bestehen, um neu ernannte Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte und neu bestellte ehrenamtliche Richterinnen und Richter frühzeitig und verlässlich über die Unterstützungsangebote zu informieren?
6. Wie oft wurden die jeweiligen Unterstützungs-, Beratungs- oder Supervisionsangebote in den vergangenen fünf Jahren in Anspruch genommen (bitte nach Jahren und Zielgruppen [Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte, ehrenamtliche Richterinnen und Richter] aufschlüsseln)?
7. Welcher durchschnittliche Zeitaufwand entstand in den vergangenen fünf Jahren pro Inanspruchnahme des Angebots (Angaben zu Dauer, Anzahl der Sitzungen oder erforderlichen Wiederholungen)?
8. Wurden die bestehenden Unterstützungs- und Beratungsangebote in den vergangenen fünf Jahren evaluiert oder im Hinblick auf ihre Wirksamkeit reflektiert?

9. Falls in den vergangenen fünf Jahren keine Evaluation oder Wirksamkeitsreflexion stattgefunden hat – sind entsprechende Evaluationen oder Überprüfungen für die kommenden Jahre geplant?
10. Gibt es derzeit Überlegungen oder Planungen seitens des Justizministeriums, die für die Richterinnen und Richter bestehenden Supervisions- und psychologische Beratungsangebote für ehrenamtliche Richterinnen und Richter auszuweiten oder strukturell zu stärken?

5.12.2025

Hentschel, Evers, Hagmann, Häusler, Kern, Lede Abal, Schwarz, Tuncer
GRÜNE

Begründung

Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte und ehrenamtliche Richterinnen und Richter sind in ihrer Arbeit regelmäßig mit schwerwiegenden und belastenden Inhalten konfrontiert – etwa in Verfahren zu Gewalt-, Sexual- oder Tötungsdelikten sowie in familiengerichtlichen Verfahren mit Kindeswohlgefährdungen.

Solche Erlebnisse können psychisch stark beanspruchen. Eine angemessene Möglichkeit der Supervision bzw. psychologischen Beratung ist daher sowohl für die Gesundheit der Betroffenen als auch für die Funktionsfähigkeit der Justiz von hoher Bedeutung.

Vor diesem Hintergrund stellen sich Fragen zu bestehenden Unterstützungsstrukturen, ihrer Inanspruchnahme und ihrer Bekanntmachung.